



Themen in dieser Ausgabe:

Europäische Union

- Deutsche Ratspräsidentschaft
- Bulgarien und Rumänien treten der EU bei
- Slowenien wird Mitglied der Eurozone
- EU-Vertrag

Zivilrecht

- Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens

Wirtschaftsrecht

- Schlussanträge des Generalanwalts zur 2. Geldwäscherichtlinie

Freizügigkeit

- Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt

Personalia

- Neuer EP-Präsident
- Richterernennungen am EuG und EuGH

Europäische Union

Deutsche Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2007 hat Deutschland für sechs Monate den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen und unter das Motto „Europa gelingt gemeinsam“ gestellt. Um Kontinuität gewährleisten zu können, ist erstmals unter dem Titel „Triopräsidentschaft“ eine enge Zusammenarbeit mit den nachfolgenden Ratspräsidentschaften (Portugal sowie Slowenien) geplant.

Der deutsche Vorsitz will auf Grundlage von ausführlichen Konsultationen der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen einen Bericht zu möglichen künftigen Entwicklungen des ins Stocken geratenen Verfassungsprozesses vorlegen. Neben der Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells und dem Ausbau des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraums soll die Schaffung eines Raums der Sicherheit, Freiheit und des Rechts einen Schwerpunkt bilden. Eine intensive justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sei zur Gewährung der inneren Sicherheit erforderlich. Damit müsse aber gleichzeitig die Stärkung von Bürgerrechten und die Schaffung von mehr Rechtssicherheit einhergehen. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung könne sich nur durchsetzen, wenn ihm hinreichendes Vertrauen in die Rechtsordnungen der anderen Mitgliedstaaten zugrunde liege. Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft ist daher die Verabschiedung des [Rahmenbeschlusses über bestimmte Verfahrensrechte in Strafverfahren innerhalb der EU](#), mit dem die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten festgeschrieben werden sollen. In Übereinstimmung mit allen 700.000 Rechtsanwälten in Europa, die durch den CCBE vertreten werden, setzt sich auch die BRAK für die Stärkung der Beschuldigten- und Verteidigungsrechte ein. Dies betonte die BRAK auch anlässlich eines [Treffens mit einer Delegation des Rechtsausschusses](#) des Europäischen Parlaments in Berlin. Am 24. Januar 2007 richtet die BRAK eine Konferenz zum Thema „Strafverfahrensrechte“ in Brüssel aus.

Im Bereich des Zivilrechts hat die deutsche Präsidentschaft die Förderung des [Statuts der Europäischen Privatgesellschaft](#) sowie der Verordnungen zum anwendbaren Recht bei [vertraglichen](#) und [außervertraglichen Schuldverhältnissen](#) angekündigt, um mehr Rechtssicherheit für die Bürger gewährleisten zu können. Diesem Ziel dient auch die von der Triopräsidentschaft angestrebte Verabschiedung der Vorschläge zum anwendbaren Recht in [Unterhalts-](#), [Ehe-](#) und [Erbschaftssachen](#). Die Überprüfung des Verbrauchervertragsrechts auf Widerspruchsfreiheit und Kohärenz und die Schaffung eines Gemeinsamen Referenzrahmens, der als Anleitung für die Rechtsbereinigung und für künftige Rechtssetzung verstanden werden soll, will die deutsche Ratspräsidentschaft auch mit einer Konferenz zum Europäischen Vertragsrecht unterstützen.

Über die Internetseite der deutschen Ratspräsidentschaft, www.eu2007.de, sind das Programm der Ratspräsidentschaft sowie aktuelle Termine und Informationen abrufbar.

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei

Am 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten. Die EU wurde damit zum fünften Mal erweitert und umfasst nunmehr 490 Millionen Bürger in 27 Mitgliedstaaten. Neben den zwei Neuzugängen in der Kommission – Frau Kuneva (Bulgarien) und Herr Orban (Rumänien) - hat das EP [35 rumänische](#) und [18 bulgarische](#) Mitglieder begrüßt, womit die Gesamtzahl der Abgeordneten auf 785 gestiegen ist.

Mit dem Beitritt der beiden Länder wurden auch ihre Landessprachen Amtssprachen der EU. Mit der bulgarischen Sprache hat somit das kyrillische Alphabet Eingang in die EU gefunden. Dritte neue Amtssprache wurde am 1. Januar 2007 Irisch.

Slowenien wird Mitglied der Eurozone

[Slowenien](#) hat am 1. Januar 2007 den Euro eingeführt und ist damit das erste der zehn Länder, die der EU 2004 beigetreten sind, das den Euro eingeführt hat.

EU-Vertrag

Die konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist im [Amtsblatt](#) der Europäischen Union vom 29. Dezember 2006 veröffentlicht worden.

Zivilrecht

Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens

Die [Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens](#) ist am 31. Dezember 2006, am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt, in Kraft getreten. Mit dem Europäischen Mahnverfahren soll ein Instrument zur vereinfachten, beschleunigten und kostengünstigeren Beitreibung unbestrittener Forderungen im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr geschaffen werden, das dem Antragsteller neben den nationalen Verfahren zur Verfügung stehen soll. Mit Ausnahme einzelner Vorschriften wird die Verordnung für alle Mitgliedstaaten außer Dänemark ab dem 12. Dezember 2009 gelten.

Frühere Berichte: [1/2003](#), [9/2003](#), [20/2003](#), [21/2003](#), [5/2004](#), [7/2004](#), [18/2004](#), [8/2005](#), [11/2005](#), [16/2005](#), [19/2005](#), [23/2005](#), [3/2006](#), [4/2006](#), [20/2006](#)

Wirtschaftsrecht

Schlussanträge des Generalanwalts zur 2. Geldwäscherichtlinie

In dem die [2. Geldwäscherichtlinie 2001/97/EG](#) betreffenden [Vorlageverfahren](#) hat der Generalanwalt Poiares Maduro am 14. Dezember 2006 seine [Schlussanträge](#) vorgelegt. Er unterstreicht darin die Bedeutung der Verschwiegenheitspflicht für den Rechtssuchenden. Im Juli 2005 hatte der belgische Cour d'Arbitrage eine [Vorlagefrage](#) an den EuGH gerichtet, mit der er die Überprüfung der Frage begehrt, ob die Erweiterung des Anwendungsbereichs der 2. Geldwäscherichtlinie auf Rechtsanwälte gegen Art. 6 (Recht auf ein faires Verfahren) und Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt. Nach der Richtlinie sind Anwälte verpflichtet, einen Geldwäscheverdacht gegen einen Mandanten, den sie in einer anderen Sache vertreten, der zuständigen Körperschaft zu melden. Dem Vorlageverfahren lag ein durch die belgische Kammer (Ordre des barreaux francophones et germanophones) eingeleitetes Verfahren vor dem Cour d'Arbitrage zugrunde. Dieses zielt darauf ab, das belgische Gesetz zur Umsetzung der 2. Geldwäscherichtlinie für nichtig zu erklären. Der Generalanwalt schlägt vor, auf die Vorlagefrage dahingehend zu antworten, dass Art. 2 a Nr. 5 und Art. 6 in der durch die 2. Geldwäscherichtlinie geänderten Fassung der 1. Geldwäscherichtlinie 91/308/EWG mit Art. 6 und 8 der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) in Einklang stehen. Dabei müssten die Vorschriften so ausgelegt werden, dass sie dem Anwalt keine Meldepflicht hinsichtlich solcher Informationen auferlegen, die vor, während oder nach einem gerichtlichen Verfahren oder während der Rechtsberatung erlangt worden sind. Eine andere Auslegung würde einen Verstoß gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung des Anwalts darstellen.

Frühere Berichte: [13/2004](#), [23/2004](#), [2/2005](#), [11/2005](#), [12/2005](#) und [15/2005](#)

Freizügigkeit

Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt

Am 28. Dezember 2006 ist die [Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt](#) einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft getreten. Anwälte sind vom dem Anwendungsbereich der Richtlinie erfasst, doch haben die anwaltsspezifische Dienstleistungs- und Niederlassungsrichtlinie ([77/249/EG](#) und [98/5/EG](#)) Vorrang. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 28. Dezember 2009 Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Frühere Berichte: [1/2004](#), [12/2004](#), [2/2005](#), [3/2005](#), [5/2005](#), [6/2005](#), [11/2005](#), [12/2005](#), [13/2005](#), [14/2005](#), [15/2005](#), [17/2005](#), [18/2005](#), [22/2005](#), [3/2006](#), [7/2006](#), [15/2006](#), [20/2006](#), [21/2006](#)

Personalia

Neuer EP-Präsident

Am 16. Januar 2007 wurde [Hans-Gert Pöttering](#) (EVP-ED-Fraktion) mit absoluter Mehrheit (450 Stimmen) der Europa-Abgeordneten zum Präsidenten des EP gewählt. Neuer Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion wurde Joseph Daul MDEP (Frankreich).

Richterernennungen am EuG und EuGH

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens sind als Richter am Gericht Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften Herr [Theodore Chipev](#), Bulgarien, (1. Januar bis 31. August 2007) und Herr [Valeriu Ciucă](#), Rumänien, (1. Januar 2007 bis 31. August 2010) ernannt worden. Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ernannte Frau [Camelia Toader](#), Rumänien, (1. Januar 2007 bis 6. Oktober 2009) und Herrn [Alexander Arabadjiev](#), Bulgarien, (1. Januar 2007 bis 6. Oktober 2012).

Impressum

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Brüssel, Avenue de Tervuren 142-144, B-1150 Brüssel, Tel: 0032-2-743 86 46, Fax: 0032-2-743 86 56, E-Mail: brak.bxl@brak.be

Redaktion und Bearbeitung: RAin Dr. Heike Lörcher, RAin Mila Otto, LL.M. und Natalie Barth

© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

Der Newsletter ist im Internet unter www.BRAK.de abrufbar und kann auch dort be- oder abbestellt werden.

Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an brak.bxl@brak.be.



Nachrichten aus Brüssel

